

# "Deutschland braucht keine Quoten für Einwanderer"

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble im Gespräch mit WELT.de am 24.11.2006

**WELT.de:** War der Gipfel in Tripolis ein erster großer Schritt in Richtung einer gemeinsamen EU-Einwanderungspolitik?

**Wolfgang Schäuble:** Tripolis ist ein wichtiger Schritt. Wir hatten schon zuvor im informellen Kreis der größeren EU-Mitgliedsländer, der sogenannten G 6, gesagt, dass wir das Thema stärker voranbringen wollen. Das gilt auch für die anstehende Tagung der EU-Innenminister Anfang Dezember. Wir wissen, dass wir das Problem der Migration nur zur Chance für die Welt machen können, wenn sie gesteuert wird. Was gleichzeitig voraussetzt, dass die illegale Migration erfolgreicher bekämpft wird. Aber die legale Migration in die europäischen Arbeitsmärkte muss auf jeden Fall in der Kompetenz der Mitgliedsstaaten bleiben.

**WELT.de:** Das Thema Migration soll ein Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 sein. Wird der deutsch-französische Motor hier eine besondere Rolle spielen?

**Schäuble:** Man muss bei Motorenbegriffen vorsichtig sein, dass man bei anderen keine Bremswirkungen auslöst. Aber mein französischer Kollege Sarkozy und ich haben in der Tat den G-6-Kollegen einen Vorschlag gemacht. Demnach soll die Bekämpfung illegaler Migration auf EU-Ebene gestärkt werden. Dieser Vorschlag wird auch als Brief der finnischen Ratspräsidentschaft zum nächsten Gipfel der Justiz- und Innenminister in Brüssel Anfang Dezember vorgelegt werden. Das ist nicht zuletzt im aktuellen Interesse unserer Mittelmeerkollegen. Mit meinen spanischen und italienischen Kollegen bin ich daher im intensiven Gespräch. Aber es ist wichtig, dass auch die anderen Mitglieder einbezogen werden, es ist eine europäische Verantwortung. Wir lassen die Mittelmeerstaaten nicht allein. Deutschland stand mit dem Zuwanderungsdruck in den Neunzigern relativ allein, das wollen wir nicht wieder erleben.

**WELT.de:** Trotz punktueller Verstärkung etwa der EU-Grenzschutzagentur Frontex ist die Kritik groß, dass die Mittel gegen illegale Migration überhaupt nicht ausreichen. Sind finanzielle Zusagen zu erwarten?

**Schäuble:** Da darf man nicht zu schnell Summen nennen, mit Geld allein ist es nicht getan. Es geht hier eher um ein gemeinsames Verständnis, was machbar ist. Hier sind wir seit Anfang des Jahres innerhalb der EU weitergekommen: So sind sich mein spanischer Amtskollege und ich heute völlig einig, dass die schnelle Legalisierung von Illegalen das Problem nur noch verschärft.

**WELT.de:** Ihrem Papier zufolge sollen die Mitgliedsstaaten Einwandererquoten einrichten, die dann an Brüssel weitergegeben werden. Welche Quoten plant Berlin?

**Schäuble:** In Deutschland steht das Thema Einwandererquoten derzeit gar nicht zur Debatte. Wir haben ganz andere Probleme. Darum sind wir sehr darauf bedacht, dass Quoten Kompetenz der Nationalstaaten bleiben, denn sie können nur in Abstimmung mit der jeweiligen Lage auf dem Arbeitsmarkt getroffen werden. Aber wenn ein Mitgliedsstaat Quoten machen will wie etwa die Spanier oder Italiener, dann sollen sie diese der EU zur

Verfügung stellen, damit Brüssel Verhandlungsmasse mit den Herkunfts- und Transitländern hat.

**WELT.de:** Haben Sie aus Spanien Signale, dass keine Massenlegalisierungen mehr geplant sind?

**Schäuble:** Die Spanier haben mit der Rückführung Illegaler im Sommer begonnen. Das steht auch so in unserem Papier und wird von Spanien und Italien unterstützt. Wir sollten da nicht mit Vorwürfen über unsere Nachbarn herfallen, sondern besser gemeinsame Positionen suchen.

**WELT.de:** Die Zahl der Asylanträge ist 2006 wieder um fast 30 Prozent gesunken. Ist das Problem der europäischen Einwanderung im Vergleich mit den Mittelmeerländern überhaupt so drängend?

**Schäuble:** Dass wir keine Debatte mehr haben, zeigt, dass unsere Asylrechtsänderung nach jahrelangen schweren Auseinandersetzungen richtig war. Jetzt haben andere europäische Staaten die Probleme und damit auch Europa.

**WELT.de:** Die Kontrolle der EU-Außengrenzen spielt da eine zentrale Rolle. Sehen Sie den Beitritt von Rumänien und Bulgarien am 1. Januar 2007 in dieser Hinsicht kritisch?

**Schäuble:** Befürchtung gibt es immer. Aber durch die Beitritte von Polen und anderen Osteuropäern 2004 ist der Zuwanderungsdruck auf uns geringer geworden.

**WELT.de:** Unbestritten gibt es aber Probleme an diesen beiden neuen EU-Außengrenzen.

**Schäuble:** Das ist wahr, aber sie sind eher lösbar, wenn die betroffenen Staaten in der EU sind.

Von Stefanie Bolzen